

Amts-Blatt

der Königlichcn Regierung zu Oppeln.

Stück 45.

Ausgegeben Oppeln, den 7. November

1890.

Bekanntmachungen für die nächste Nummer sind spätestens bis Mittwoch Nachmittag 5 Uhr der Redaction zuzusenden.

Bekanntmachungen der höchsten Staats-Behörden.

947. I. Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers betreffend

allgemeine polizeiliche Bestimmungen über die Anlegung von Dampfkesseln vom 5ten August 1890.

(Reichs-Gesetzblatt für 1890, Seite 163 ff.)

Auf Grund der Bestimmung im §. 24 der Gewerbeordnung hat der Bundesrath nachstehende

Allgemeine polizeiliche Bestimmungen über die Anlegung von Dampfkesseln erlassen.

I. Bau der Dampfkessel. Kesselwandungen.

§. 1. Die vom Feuer berührten Wandungen der Dampfkessel, der Feuerröhren und der Siederöhren dürfen nicht aus Gußeisen hergestellt werden, sofern deren lichte Weite bei cylindrischer Gestalt fünfundzwanzig Centimeter, bei Kugelform dreißig Centimeter übersteigt.

Die Verwendung von Messingblech ist nur für Feuerröhren, deren lichte Weite zehn Centimeter nicht übersteigt, gestattet.

Feuerzüge.

§. 2. Die um oder durch einen Dampfkessel gehenden Feuerzüge müssen an ihrer höchsten Stelle in einem Abstand von mindestens zehn Centimeter unter dem festgesetzten niedrigsten Wasserpiegel des Kessels liegen. Dieser Minimalabstand muß für Kessel auf Fluß- und Landseeschiffen bei einem Neigungswinkel der Schiffsbreite gegen die Horizontalebene von vier Grad, für Kessel auf Seeschiffen bei einem Neigungswinkel von acht Grad noch gewahrt sein.

Diese Bestimmungen finden keine Anwendung auf Dampfkessel, welche aus Siederöhren von weniger als zehn Centimeter Weite bestehen, sowie auf solche Feuerzüge, in welchen ein Erglühen des mit dem Dampfraum in Berührung stehenden Theiles der Wandungen nicht zu befürchten ist. Die Gefahr des Erglühens ist in der Regel als ausgeschlossen zu betrachten, wenn die vom Wasser bespülte Kesselfläche, welche von dem Feuer vor Erreichung der vom Dampf bespülten Kesselfläche be-

strichen wird, bei natürlichem Luftzug mindestens zwanzigmal, bei künstlichem Luftzug mindestens vierzigmal so groß ist, als die Fläche des Feuerrosts.

II. Ausrüstung der Dampfkessel. Speisung.

§. 3. An jedem Dampfkessel muß ein Speiseventil angebracht sein, welches bei Abstellung der Speisevorrichtung durch den Druck des Kesselwassers geschlossen wird.

§. 4. Jeder Dampfkessel muß mit zwei zuverlässigen Vorrichtungen zur Speisung versehen sein, welche nicht von derselben Betriebsvorrichtung abhängig sind, und von denen jede für sich im Stande ist, dem Kessel die zur Speisung erforderliche Wassermenge zuzuführen. Mehrere zu einem Betriebe vereinigte Dampfkessel werden hierbei als ein Kessel angesehen.

Wasserstandszeiger.

§. 5. Jeder Dampfkessel muß mit einem Wasserstandsglase und mit einer zweiten geeigneten Vorrichtung zur Erkennung seines Wasserstandes versehen sein. Jede dieser Vorrichtungen muß eine gesonderte Verbindung mit dem Innern des Kessels haben, es sei denn, daß die gemeinschaftliche Verbindung durch ein Rohr von mindestens sechzig Quadratcentimeter lichtem Querschnitt hergestellt ist.

§. 6. Werden Probirhähne zur Anwendung gebracht, so ist der unterste derselben in der Ebene des festgesetzten niedrigsten Wasserstandes anzubringen. Alle Probirhähne müssen so eingerichtet sein, daß man behufs Entfernung von Kesselflein in gerader Richtung hindurchstoßen kann.

Wasserstandsmarke.

§. 7. Der für den Dampfkessel festgesetzte niedrigste Wasserstand ist an dem Wasserstandsglase, sowie an der Kesselwandung oder dem Kesselmauerwerk durch eine in die Augen fallende Marke zu bezeichnen.

An der Außenwand jedes Dampfschiffskessels ist die Lage der höchsten Feuerzüge nach der Richtung der Schiffsbreite in leicht erkennbarer, dauerhafter Weise kenntlich zu machen; ferner sind an derselben zwei Wasserstandsgläser in einer zur Längsrichtung des Schiffes normalen Ebene, in gleicher Höhe, symmetrisch zur Kesselmitte und möglichst weit von ihr nach rechts und links abgehend anzubringen. Durch das Hiedurch

bei Dampf-Hiffstesseln geforderte zweite Wasserstandsglas wird die im §. 3 angeordnete zweite Vorrichtung zur Erkennung des Wasserstandes nicht entbehrlich gemacht.

Sicherheitsventil.

§. 8. Jeder Dampfessel muß mit wenigstens einem zuverlässigen Sicherheitsventil versehen sein.

Wenn mehrere Kessel einen gemeinsamen Dampfsammler haben, von welchem sie nicht einzeln abgesperrt werden können, so genügen für dieselben zwei Sicherheitsventile.

Dampf-Hiff-, Lokomobil- und Lokomotivessel müssen immer mindestens zwei Sicherheitsventile haben. Bei Dampf-Hiffstesseln, mit Ausschluß derjenigen auf Seeschiffen, ist dem einen Ventil eine solche Stellung zu geben, daß die vorgeschriebene Belastung vom Verdeck aus mit Leichtigkeit untersucht werden kann.

Die Sicherheitsventile müssen jederzeit gelüftet werden können. Sie sind höchstens so zu belasten, daß sie bei Eintritt der für den Kessel festgesetzten Dampfspannung den Dampf entweichen lassen.

Manometer.

§. 9. An jedem Dampfessel muß ein zuverlässiges Manometer angebracht sein, an welchem die festgesetzte höchste Dampfspannung durch eine in die Augen fallende Marke zu bezeichnen ist.

An Dampf-Hiffstesseln müssen zwei dergleichen Manometer angebracht werden, von denen sich das eine im Schichtkreise des Kesselwärters, das andere mit Ausnahme der Seeschiffe auf dem Verdeck an einer für die Beobachtung bequemen Stelle befindet. Sind auf einem Dampf-Hiffschiffe mehrere Kessel vorhanden, deren Dampf Räume mit einander in Verbindung stehen, so genügt es, wenn außer den an den einzelnen Kesseln befindlichen Manometern auf dem Verdeck ein Manometer angebracht ist.

Fabrikchild.

§. 10. An jedem Dampfessel muß die festgesetzte höchste Dampfspannung, der Name des Fabrikanten, die laufende Fabriknummer und das Jahr der Anfertigung, bei Dampf-Hiffstesseln außerdem die Maaziffer des festgesetzten niedrigsten Wasserstandes auf eine leicht erkennbare und dauerhafte Weise angegeben sein.

Diese Angaben sind auf einem metallenen Schilde (Fabrikchild) anzubringen, welches mit Kupfernieten so am Kessel befestigt ist, daß es auch nach der Ummanntelung oder Einmauerung des letzteren sichtbar bleibt.

III. Prüfung der Dampfessel.

Druckprobe.

§. 11. Jeder neu aufzustellende Dampfessel muß nach seiner letzten Zusammensetzung vor der Einmauerung oder Ummanntelung unter Verschuß sämtlicher Oeffnungen mit Wasserdruck geprüft werden.

Die Prüfung erfolgt bei Dampfesseln, welche für eine Dampfspannung von nicht mehr als fünf Atmosphären Ueberdruck bestimmt sind, mit dem zweifachen Betrage des beabsichtigten Ueberdrucks, bei allen übrigen Dampfesseln mit einem Druck, welcher den beabsichtigten

Ueberdruck um fünf Atmosphären übersteigt. Unter Atmosphärendruck wird ein Druck von einem Kilogramm auf das Quadratcentimeter verstanden.

Die Kesselwandungen müssen dem Probedruck widerstehen, ohne eine bleibende Veränderung ihrer Form zu zeigen und ohne undicht zu werden. Sie sind für undicht zu erachten, wenn das Wasser bei dem höchsten Druck in anderer Form als der von Nebel oder feinen Perlen durch die Fugen dringt.

Nachdem die Prüfung mit befriedigendem Erfolge stattgefunden hat, sind von dem Beamten oder staatlich ermächtigten Sachverständigen, welcher dieselbe vorgenommen hat, die Marke, mit welcher das Fabrikchild am Kessel befestigt ist (§. 10), mit einem Stempel zu versehen. Dieser ist in der über die Prüfung aufzunehmenden Verhandlung (Prüfungszeugniß) zum Abdruck zu bringen.

§. 12. Wenn Dampfessel eine Ausbesserung in der Kesselfabrik erfahren haben, oder wenn sie behufs der Ausbesserung an der Betriebsstätte ganz blos gelegt worden sind, so müssen sie in gleicher Weise, wie neu aufzustellende Kessel, der Prüfung mittelst Wasserdrucks unterworfen werden.

Wenn bei Kesseln mit innerem Feuerrohr ein solches Rohr und bei den nach Art der Lokomotivessel gebauten Kesseln die Feuerbüchse behufs Ausbesserung oder Erneuerung herausgenommen, oder wenn bei cylindrischen und Stieleesseln eine oder mehrere Platten neu eingezogen werden, so ist nach der Ausbesserung oder Erneuerung ebenfalls die Prüfung mittelst Wasserdrucks vorzunehmen. Der völligen Blosslegung des Kessels bedarf es hier nicht.

Prüfungsmanometer.

§. 13. Der bei der Prüfung ausgeübte Druck darf nur durch ein genügend hohes offenes Quecksilbermanometer oder durch das von dem prüfenden Beamten geführte amtliche Manometer festgestellt werden.

An jedem Dampfessel muß sich eine Einrichtung befinden, welche dem prüfenden Beamten die Anbringung des amtlichen Manometers gestattet.

IV. Aufstellung der Dampfessel.

Aufstellungsort.

§. 14. Dampfessel, welche für mehr als sechs Atmosphären Ueberdruck bestimmt sind, und solche, bei welchen das Produkt aus der feuerberührten Fläche in Quadratmetern und der Dampfspannung in Atmosphären Ueberdruck mehr als dreißig beträgt, dürfen unter Räumen, in welchen Menschen sich aufzuhalten pflegen, nicht aufgestellt werden. Innerhalb solcher Räume ist ihre Aufstellung unzulässig, wenn dieselben überwölbt oder mit fester Balkendecke versehen sind.

An jedem Dampfessel, welcher unter Räumen, in welchen Menschen sich aufzuhalten pflegen, aufgestellt wird, muß die Feuerung so eingerichtet sein, daß die Einwirkung des Feuers auf den Kessel sofort gehemmt werden kann.

Dampfessel, welche aus Stiederöhren von weniger als zehn Centimeter Weite bestehen, und solche, welche

in Bergwerken unterirdisch oder in Schiffen aufgestellt werden, unterliegen diesen Bestimmungen nicht.

Kesselmauerung.

§. 15. Zwischen dem Mauerwerk, welches den Feuerraum und die Feuerzüge feststehender Dampfkessel einschließt, und den dasselbe umgebenden Wänden muß ein Zwischenraum von mindestens acht Centimeter verbleiben, welcher oben abgedeckt und an den Enden verschlossen werden darf.

V. Bewegliche Dampfkessel (Lokomobilen).

§. 16. Bei jedem Dampfentwickler, welcher als beweglicher Dampfkessel (Lokomobile) zum Betriebe an wechselnden Betriebsstätten benutzt werden soll, müssen sich befinden:

- 1) Eine Ausfertigung der Urkunde über seine Genehmigung, welche die Angaben des Fabrikbildes (§. 10) enthält und mit einer Beschreibung und maßstäblichen Zeichnung, dem Prüfungszeugniß (§. 11 Absatz 4), der im §. 24 Absatz 3 der Gewerbeordnung vorgeschriebenen Bescheinigung und einem Vermerk über die zulässige Belastung der Sicherheitsventile verbunden ist.
- 2) Ein Revisionsbuch, welches die Angaben des Fabrikbildes (§. 10) enthält. Die Bescheinigungen über die Vornahme der im §. 12 vorgeschriebenen Prüfungen und der periodischen Untersuchungen müssen in das Revisionsbuch eingetragen oder demselben beigelegt sein.

Die Genehmigungsurkunde und das Revisionsbuch sind an der Betriebsstätte des Kessels aufzubewahren und jedem zur Aufsicht zuständigen Beamten oder Sachverständigen auf Verlangen vorzulegen.

§. 17. Als bewegliche Dampfkessel dürfen nur solche Dampfentwickler betrieben werden, zu deren Aufstellung und Inbetriebnahme die Herstellung von Mauerwerk, welches den Kessel umgiebt, nicht erforderlich ist.

§. 18. Die Bestimmungen der §§. 16 und 17 treten außer Anwendung, wenn ein beweglicher Dampfkessel an einem Betriebsorte zu dauernder Benutzung aufgestellt wird.

VI. Dampfschiffskessel.

§. 19. Die Bestimmungen des §. 16 finden auf jeden mit einem Schiffe dauernd verbundenen Dampfkessel (Dampfschiffskessel) mit der Maßgabe Anwendung, daß die vorgeschriebene maßstäbliche Zeichnung sich auch auf den Schiffstheil, an welchem der Kessel eingebaut oder aufgestellt ist, zu erstrecken hat.

VII. Allgemeine Bestimmungen.

§. 20. Wenn Dampfkesselanlagen, die sich zur Zeit bereits im Betriebe befinden, den vorstehenden Bestimmungen aber nicht entsprechen, eine Veränderung der Betriebsstätte erfahren sollen, so kann bei deren Genehmigung eine Abänderung in dem Bau der Kessel nach Maßgabe der §§. 1 und 2 nicht gefordert werden. Im Uebrigen finden die vorstehenden Bestimmungen auch für solche Fälle Anwendung, jedoch mit der Maßgabe, daß für Lokomobilen und Dampfschiffskessel den

Vorschriften in den §§. 10, 11, 16 bis zum 1sten Januar 1892 zu entsprechen ist.

§. 21. Die Zentralbehörden der einzelnen Bundesstaaten sind befugt, in einzelnen Fällen von der Beachtung der vorstehenden Bestimmungen zu entbinden.

§. 22. Die vorstehenden Bestimmungen finden keine Anwendung:

- 1) auf Kochgefäße, in welchen mittelst Dampfes, der einem anderweitigen Dampfentwickler entnommen ist, gekocht wird;
- 2) auf Dampfüberhitzer oder Behälter, in welchen Dampf, der einem anderweitigen Dampfentwickler entnommen ist, durch Einwirkung von Feuer besonders erhitzt wird;
- 3) auf Kessel, in welchen Dampf aus Wasser durch Einwirkung von Feuer erzeugt wird, wosfern dieselben mit der Atmosphäre durch ein unverschließbares, in den Wasserraum hinabreichendes Standrohr von nicht über fünf Meter Höhe und mindestens acht Centimeter Weite oder durch eine andere von der Zentralbehörde des Bundesstaates genehmigte Sicherheitsvorrichtung verbunden sind.

§. 23. In Bezug auf die Kessel in Eisenbahnlokomotiven bleiben die Bestimmungen des Bahnpolizeireglements für die Eisenbahnen Deutschlands in der Fassung vom 30sten November 1885 und der Bahnordnung für deutsche Eisenbahnen untergeordneter Bedeutung vom 12ten Juni 1878 in Geltung.

§. 24. Die Bekanntmachung, betreffend allgemeine polizeiliche Bestimmungen über die Anlegung von Dampfkesseln, vom 29ten Mai 1871 (Reichs-Gesetzbl. S. 122) und die diese Bekanntmachung abändernden Bekanntmachungen vom 18ten Juli 1883 (Reichs-Gesetzbl. S. 245) und vom 27ten Juli 1889 (Reichs-Gesetzbl. S. 173) werden aufgehoben.

Berlin, den 5. August 1890.

Der Reichskanzler.

In Vertretung:

von Boetticher.

II. Bestimmungen

über die

Genehmigung, Prüfung und Revision der Dampfkessel.

(Nach einer Vereinbarung der verbündeten Regierungen des Reichs in der Bundesrathssitzung vom 8ten Juli 1890.)

I. Dampfkessel im Allgemeinen.

- 1) Dampfkessel aus dem Auslande müssen der Druckprobe nach den Vorschriften im §. 11 der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen vom 5ten August 1890 im Inlande unterworfen werden.

Dampfkessel, welche in einem Bundesstaate am Verfertigungsort von einem hiermit beauftragten Beamten oder staatlich ermächtigten Sachverständigen nach den §§. 11 und 13 der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen vom 5ten August 1890 oder nach Vornahme einer Ausbesserung in Ge-

mäßigkeit des §. 12 a. a. O. geprüft und den Vorschriften unter §. 11 Absatz 4 a. a. O. entsprechend abgestempelt worden sind, unterliegen, sobald sie im Ganzen nach ihrem Aufstellungsort transportirt werden, auch wenn dieser in einem anderen Bundesstaate belegen ist, einer weiteren Wasserdruckprobe vor ihrer Einmauerung beziehungsweise vor ihrer Wiederinbetriebsetzung nur dann, wenn sie durch den Transport oder aus anderer Veranlassung Beschädigungen erlitten haben, welche die Wiederholung der Probe geboten erscheinen lassen.

II. Bewegliche Kessel.

(Lokomobilen, §§. 16. ff. der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen vom 5ten August 1890.)

- 2) Bewegliche Kessel, deren Inbetriebnahme in einem Bundesstaate auf Grund des §. 24 der Gewerbeordnung und der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen genehmigt worden ist, können in allen anderen Bundesstaaten ohne nochmalige vorgängige Genehmigung in Betrieb gesetzt werden, sofern seit ihrer letzten Untersuchung (Ziffer 5) nicht mehr als ein Jahr verflossen ist.

Hinsichtlich der örtlichen Aufstellung und des Betriebes kommen die polizeilichen Vorschriften desjenigen Bundesstaates zur Anwendung, in welchem der Kessel benutzt wird.

- 3) Die Genehmigung kann für mehrere bewegliche Kessel von übereinstimmender Bauart, Ausrüstung und Größe, welche in einer Fabrik im Laufe eines Kalenderjahres hergestellt werden, gemeinsam im Voraus beantragt und durch eine Urkunde erteilt werden.

Für jeden auf Grund dieser Genehmigungsurkunde hergestellten beweglichen Kessel ist eine mit der Fabriknummer zu versehenende beglaubigte Abschrift der Genehmigungsurkunde und ihrer Zubehörungen anzufertigen. Dieselbe gilt als Genehmigungsurkunde für den Kessel, dessen Fabriknummer sie trägt.

Die Beglaubigung der Abschrift kann durch den Beamten oder staatlich ermächtigten Sachverständigen, welcher die im §. 11 der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen vorgesehene Untersuchung vornimmt, geschehen.

- 4) Bevor ein beweglicher Kessel in dem Bezirke einer Ortspolizeibehörde in Betrieb genommen wird, ist der letzteren von dem Betriebsunternehmer oder dessen Stellvertreter unter Angabe der Stelle, an welcher der Betrieb stattfinden soll, Anzeige zu erstatten.
- 5) Jeder bewegliche Kessel ist mindestens alljährlich einer äußeren Revision, und alle drei Jahre einer inneren Revision oder Wasserdruckprobe zu unterwerfen. Die innere Revision kann der Revisor nach seinem Ermessen durch eine Wasserdruckprobe ergänzen. Die äußere Revision kommt jedoch in demjenigen Jahre in Fortfall, in welchem eine innere Revision oder Wasserdruckprobe vorgenommen wird.

Die Wasserdruckprobe erfolgt bei Kesseln, welche für eine Dampfspannung von nicht mehr als 10 Atmosphären Ueberdruck bestimmt sind, mit dem anderthalbfachen Betrage des genehmigten Ueberdrucks, bei allen übrigen Kesseln mit einem Druck, welcher den genehmigten Ueberdruck von 5 Atmosphären übersteigt. Bei der Probe ist, soweit dies vom Revisor verlangt wird, die Ummantelung des Kessels zu beseitigen.

- 6) Der Betriebsunternehmer oder dessen Vertreter hat dem zuständigen Revisor zu der Zeit, zu welcher die innere Revision oder Wasserdruckprobe auszuführen ist, davon Anzeige zu erstatten, wann und wo der Kessel zur Untersuchung bereit steht.

- 7) Die nach Maßgabe des §. 24 Absatz 3 der Gewerbeordnung von einem hierzu ermächtigten Beamten oder Sachverständigen eines Bundesstaates ausgestellten Bescheinigungen, die Bescheinigungen über die in Gemäßheit des §. 12 der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen vom 5ten August 1890 vorgenommenen Wasserdruckproben und die Bescheinigungen über die Vornahme periodischer Untersuchungen werden in allen anderen Bundesstaaten anerkannt.

III. Dampfschiffskessel

(§. 19 der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen vom 5ten August 1890.)

- 8) Die in Gemäßheit des §. 24 der Gewerbeordnung erforderliche Genehmigung zur Anlegung eines Dampfschiffskessels hat die nach den Landesgesetzen zuständige Behörde desjenigen Bundesstaates zu erteilen, in welchem sich der Heimathshafen des Schiffes, in Ermangelung eines solchen der Wohnsitz des Schiffseigners befindet.

- 9) Die technische Untersuchung einer Dampfschiffskesselanlage, welche nach Maßgabe des §. 24 Absatz 3 der Gewerbeordnung vor Inbetriebnahme des Kessels auszuführen ist, kann in dem Heimathshafen des Schiffes oder in dem ersten deutschen Anlaufshafen oder auch an dem Orte vorgenommen werden, an welchem der Kessel in das Schiff eingebaut oder mit demselben verbunden worden ist.

Im dieser Ort in einem anderen Bundesstaate gelegen als der Heimathshafen des Schiffes, und erfolgt diese Untersuchung nicht in dem Heimathshafen, so ist bei derselben gleichzeitig festzustellen, ob denjenigen Konzeptionsbedingungen, welche nach Maßgabe der im Staate des Heimathshafens über die Anlegung von Dampfschiffskesseln geltenden besonderen polizeilichen Bestimmungen vorgeschrieben wurden, entsprochen worden ist.

- 10) Dampfschiffskessel, deren Inbetriebnahme in einem Bundesstaate auf Grund des §. 24 der Gewerbeordnung und nach den allgemeinen polizeilichen Bestimmungen genehmigt worden ist, können, wenn sie sich auf Schiffen befinden, welche Gewässer verschiedener Bundesstaaten befahren, innerhalb des Gebiets der letzteren ohne nochmalige vorgängige Genehmigung betrieben werden, sofern seit

ihrer letzten Untersuchung nicht mehr als ein Jahr verfloßen ist.

- 11) Jeder Dampfschiffskessel ist mindestens alljährlich einer äußeren Revision und alle zwei Jahre einer inneren Revision oder Wasserdruckprobe zu unterwerfen. Die innere Revision kann der Revisor nach seinem Ermessen durch eine Wasserdruckprobe ergänzen.

Diese Wasserdruckprobe erfolgt bei Kesseln, welche für eine Dampfspannung von nicht mehr als 10 Atmosphären Ueberdruck bestimmt sind, mit dem anderthalbfachen Betrage des genehmigten Ueberdrucks, bei allen übrigen Kesseln mit einem Drucke, welcher den genehmigten Ueberdruck um 5 Atmosphären übersteigt. Bei der Probe ist, soweit dies vom Revisor verlangt wird, die Ummantelung des Kessels zu beseitigen.

- 12) Die Bestimmungen der Ziffern 6 und 7 finden auf Dampfschiffskessel gleichmäßig Anwendung.

Vorstehende Bestimmungen bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Oppeln, den 27. October 1890.

Der Regierungs-Präsident.

J. V. Hüpeden.

956. Ich habe die Vorschrift im Absatz 2 des §. 3 des unterm 19ten Juni 1876 erlassenen Regulativs für die Prüfung der Thierärzte, welche in Preußen das Fähigkeitszeugniß für die Anstellung als beamteter Thierarzt zu erwerben beabsichtigen, aufgehoben und an Stelle derselben folgende Bestimmung getroffen:

Bei dem Prädikate „Sehr gut“ und „Gut“ in der Approbation erfolgt die Zulassung frühestens 2 Jahr, in allen anderen Fällen frühestens 3 Jahr nach erfolgter Approbation.

Berlin, den 22. October 1890.

Der Minister für Landwirtschaft, Domainen und Forsten.

In Vertretung: gez. von Marcard.

An den königlichen Regierungs-Präsidenten Herrn Dr. von Bitter, Hochwohlgeboren in Oppeln. I. 18217.

Vorstehende Abänderung des im Amtsblatt pro 1876 Stück 27 Seite 173 publicirten Regulativs vom 19ten Juni 1876 wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Oppeln, den 1. November 1890.

Der Regierungs-Präsident. J. V. Hüpeden.

Bekanntmachungen der königlichen Regierung.

952. Polizei-Verordnung.

Unter Aufhebung der Polizeiverordnung vom 20sten Juli 1882 (Amtsbl. Stück 30 S. 191, Nr. 594) wird auf Grund des §. 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30sten Juli 1883 (Ges.-S. S. 195) gemäß §§. 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11ten März 1850 (Ges.-S. S. 265) nach erfolgter Zustimmung des Bezirksausschusses für den Umfang der Kreise Beuthen Stadt, Beuthen Land, Gleiwitz, Rattowitz, Tarnowitz, Zabrze, Pleß und Rybnitz Folgendes verordnet:

§. 1. In Gast- und Schankwirthschaften sowie in Kleinhandlungen dürfen geistige Getränke aller Art mit Einschluß des sogenannten Eiders (Obstweins) in der Zeit nach der für den Schluß dieser Geschäfte polizeilich festgesetzten Abendstunde bis 8 Uhr Morgens weder entgeltlich noch unentgeltlich verabfolgt werden.

Bis zu dieser Stunde sind auch die Lokale, welche dem Betriebe der bezeichneten Geschäfte dienen, geschlossen zu halten.

Wird eines der fraglichen Geschäfte als Nebengewerbe in Verbindung mit einem anderweitigen kaufmännischen Geschäfte betrieben, so muß auch dieses letztere bis 8 Uhr Morgens geschlossen bleiben.

Ausgenommen von der Vorschrift des dritten Absatzes sind diejenigen kaufmännischen Geschäfte, in denen der Kleinhandel sich ausschließlich auf Bier erstreckt.

§. 2. Bei dem Vorhandensein der im §. 1 angegebenen Voraussetzungen sind den Bestimmungen des selben §. auch Consumvereine unterworfen.

§. 3. Die Ortspolizeibehörden in den Landkreisen sind unter Zustimmung des Landraths befugt, mittels schriftlicher, jederzeit widerruflicher Genehmigung in besonderen Fällen von den Vorschriften des §. 1 Absatz 1 bis 3 und des §. 2 Ausnahmen zu gestatten.

In dem Stadtkreise Beuthen steht diese Befugniß der Ortspolizeibehörde zu.

§. 4. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden mit Geldstrafe bis zu 60 M., event. mit entsprechender Haft bestraft.

Oppeln, den 2. November 1890.

Der Regierungs-Präsident. von Bitter.

953. Bekanntmachung,

betreffend die Einfuhr von Schweinen aus Oesterreich-Ungarn.

Auf Grund der Ermächtigung des Herrn Reichskanzlers hat der Herr Minister für Landwirtschaft, Domainen und Forsten die Einfuhr lebender Schweine aus Bietitz-Biala in Galizien und Steinbruch in Ungarn in die öffentlichen Schlachthäuser zu Landsberg a. d. Warthe, Spremberg, Reichenbach u./d. Gule, Gelle, Striegau und Neurode unter den nachstehenden Bedingungen widerruflich gestattet:

- 1) Es dürfen nur solche lebenden Schweine aus Oesterreich-Ungarn eingeführt werden, welche laut Attest in den Mastanstalten Bietitz-Biala und Steinbruch während der österreichisch-ungarischer Seits vorgeschriebenen Quarantänezeit unter Aufsicht gestanden haben und von dort in geschlossenen Eisenbahnwagen ohne Zuladung anderer Thiere bis zur Landesgrenze transportirt worden sind.
- 2) Die Einfuhr darf nur über Oberberg oder Dzierżog an bestimmten Wochentagen erfolgen, welche von dem Regierungs-Präsidenten zu Oppeln festgesetzt und bekannt gemacht werden.
- 3) Die Transporte müssen nach Maßgabe der Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers vom 12ten April 1883 (Centralblatt f. d. Deutsche Reich S. 92) von Ursprungszeugnissen begleitet sein, in wel-

ken auch die Gesundheit der Thiere bescheinigt ist.

- 4) Die eingeführten Schweine sind an der Landesgrenze von einem preussischen beamteten Thierarzte, welcher von dem Eintreffen der Transporte bis spätestens 8 Uhr Abends des der Einfuhr vorhergehenden Tages schriftlich oder telegraphisch zu benachrichtigen ist, zu untersuchen und — wenn gesund befunden — in geschlossenen Eisenbahnwagen ohne Umladung und unter thünlichster Vermeidung von Transportverzögerungen, sowie jeder Verührung mit anderem Vieh direct in eins der öffentlichen Schlachthäuser zu Landsberg a./W., Spremberg, Reichenbach u./d. Sule, Gelle, Striegau und Neurode behufs alsbaldiger Abschachtung zu bringen.
- 5) In der Schlachthanstalt dürfen die Schweine bis zur Abschachtung, welche unter polizeilicher Controlle stattzufinden hat, mit zum Weiterverkauf aufgetriebenen Vieh in keinerlei Verührung kommen.
- 6) Die thierärztliche Untersuchung an der Landesgrenze erfolgt kostenfrei; dagegen haben die Versender die Kosten zu tragen, welche durch die von dem beamteten Thierarzte an die Polizeibehörde des Bestimmungsortes zu richtende telegraphische Anzeige über die Anzahl der zum Transport zugelassenen Schweine entstehen.

Indem ich dies hiermit zur öffentlichen Kenntniß bringe, mache ich zugleich bekannt, daß als Einfuhrtage über Oberberg, wie über Dzierż, der Dienstag und Freitag jeder Woche bestimmt sind und die Untersuchung der einzuführenden Schweine in Oberberg durch den Grenzhierarzt Herrmann in Leobschütz, in Dzierż durch den Grenzhierarzt Gabben in Pleß stattfindet. Oppeln, den 2. November 1890.

Der Regierungs-Präsident. von Bitter.

949. Der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten hat mittelst Erlasses vom 18ten October d. J. — III. 19533 — genehmigt, daß auf der Tarnowitzer Kreischauffee von Friedrichshütte nach Neu-Nepten an Stelle der bei Miedar bestehenden, demnächst in Wegfall kommenden Hebestelle eine neue Hebestelle in Station 3,6 an der Abzweigung des Weges nach Kopanina errichtet und an derselben das Chauffeegeld für eine Meile mit der Maßgabe erhoben werde, daß von Fuhrwerken und Thieren, welche in den Richtungen Kopanina-Friedrichshütte und Groß-Wilkowitz oder in den umgekehrten Richtungen verkehren, das Chauffeegeld nur für eine halbe Meile zu erheben ist.

Oppeln, den 29. October 1890.

Der Regierungs-Präsident.

In Vertretung: Hüpeden.

Hierzu eine Beilage, enthaltend eine von den Herren Ministern für Handel und Gewerbe und des Innern unterm 17ten October 1890 erlassene Anweisung über das Verfahren bei der Ausstellung und dem Umtausch, sowie bei der Erneuerung (Ersetzung) von Quittungskarten (§§. 101 ff. des Gesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22ten Juni 1889, Reichs-Gesetzbl. S. 97).

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

949. Die Ausreichung der Zinsscheine Serie XII über die Zinsen vom 1sten Januar 1891 bis ult. December 1890 zu den Schlesischen 4% Pfandbriefen Lit. B wird in der Zeit vom

27ten October bis incl. 6ten December d. J. an den Wochentagen Vormittags bei der Königlichen Instituten-Kasse hieselbst, im Regierungsgebäude am Bessingplatze, dergestalt stattfinden, daß von 9 bis 11 Uhr die Annahme der Pfandbriefe gegen Quittung der gedachten Kasse und nach einigen Tagen von 11 bis 1 Uhr deren Rückgabe erfolgt.

Bei Vorlegung der Pfandbriefe behufs Abstem-pelung der Zinsscheine ist ein Verzeichniß der Pfandbriefe, wozu Formulare in der Kasse unentgeltlich verabfolgt werden, abzugeben. Die Wiederabgabe der Pfandbriefe mit den Zinsscheinen erfolgt nur gegen Rückgabe der von der Königlichen Instituten-Kasse erteilten Quittung ohne Prüfung der Legitimation des Empfängers.

Auf einen Schriftwechsel mit Privatpersonen behufs Uebersendung der Zinsscheine können wir uns nicht einlassen, vielmehr muß die Einreichung und der Rückempfang der Pfandbriefe persönlich beziehungsweise durch einen Beauftragten erfolgen.

Die Ausgabe der Zinsscheine zu den in der oben bezeichneten Zeit nicht eingereichten Pfandbriefen kann erst in einigen Monaten stattfinden, worüber besondere Bekanntmachung erfolgen wird.

Breslau, den 14. October 1890.

Königliches Kredit-Institut für Schlessen.
v. Brinden.

Ausbruch und Erlöschen von Viehseuchen.

Maul- und Klauenseuche.

950. Die Maul- und Klauenseuche ist unter dem Rindvieh auf dem Vorwerk Theresienberg bei Schurpast ausgebrochen.

Heidehaus, den 31. October 1890.

Der Amtsvorsteher.

Personal-Chronik.

951. Seine Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht, den bisherigen Land-Bauinspector Wener zum Regierungs- und Bau-Rath zu ernennen und dem Hegemeister a. D. Albinus, früher zu Forsthaus Fichtberg, jetzt zu Rybnik, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.